

MINIMA MORALIA THESE II: DIE NEUE SOZIALE FRAGE

WENIGER MORAL WAGEN

VON CAROLINE WALDECK

Die Geschichte spielt in Sevilla zur Zeit der spanischen Inquisition. Jesus kehrt auf die Erde zurück und sammelt jubelnde Gläubige um sich. Der greise Großinquisitor beobachtet das Treiben argwöhnisch. Schließlich lässt er Jesus gefangen nehmen und in ein dunkles Verließ bringen, um ihn zu verhören, bevor er anderntags auf dem Scheiterhaufen brennen soll. Er habe kein Recht, die Ordnung zu stören, die die katholische Kirche in über tausend Jahren errichtet habe, belehrt der alte Mann den schweigenden Sohn Gottes in einem langen Monolog. Die katholische Kirche habe die Menschen von der »Sklaverei der Freiheit« befreit. Denn für den Menschen und die menschliche Gesellschaft habe es »niemals und nirgends etwas Unerträglicheres gegeben als die Freiheit. (...) Ich sage Dir, der Mensch kennt keine quälendere Sorge als die, einen zu finden, dem er möglichst schnell jenes Geschenk der Freiheit, mit dem er als unglückliches Geschöpf geboren wird, übergeben kann.«

FJODOR M. DOSTOJEWSKI hat die Legende vom Großinquisitor in seinem Roman »Die Brüder Karamasow« dem überzeugten Atheisten Iwan Karamasow

in den Mund gelegt. In Iwans Augen hat die Lehre Christi in der Welt keinen Bestand: Sie scheitert zwangsläufig an der Sehnsucht des Menschen, seine Freiheit einer fremden Autorität zu Füßen zu legen und sich dadurch Ruhe und Glück zu erkaufen – und führt damit unausweichlich in die autoritäre Ordnung des mittelalterlichen Katholizismus.

Tempi passati, so scheint es. Moderne, säkulare Gesellschaften haben nichts mehr gemein mit der Welt des Großinquisitors, in der die Autorität der Kirche Sinn und Zusammenhalt stiftete. Es sind Institutionen und Regeln, getragen von der Zustimmung freier Bürger, die heute die Gesellschaft zusammen halten. In Deutschland sehen wir die parlamentarische Demokratie 60 Jahre nach der Staatsgründung nicht nur durch eine Erfolgsgeschichte des Friedens und des Wohlstands gestärkt, sondern auch durch den Fall der Mauer vor 20 Jahren – den Sieg der Freiheit über die kommunistische Diktatur.

Und doch hat die Legende vom Großinquisitor nicht an gesellschaftspolitischer Relevanz verloren. Denn Demokratie und Marktwirtschaft setzen voraus, dass Menschen ihre Freiheit und die damit

verbundene Verantwortung annehmen. Kann eine freiheitliche Ordnung Bestand haben, wenn die Menschen sich davon überfordert fühlen?

Moralkeule verhindert Verständigung

Die Wertschätzung für die Freiheit jedenfalls hat kontinuierlich abgenommen, seit die Euphorie über die Wiedervereinigung sich gelegt hat. 45 Prozent der Westdeutschen und 76 Prozent der Ostdeutschen halten den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Und von der sozialen Marktwirtschaft hatten im Jahr 2008 erstmals mehr Menschen eine »eher schlechte« Meinung als eine »eher gute«. Offenbar steht also nur eine Minderheit mit Herz und Verstand hinter unserem wirtschaftlichen und politischen System. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise tut ihr Übriges: Die liberale Wirtschaftsordnung, auf der Wachstum und Wohlstand unseres Landes gründen, findet selbst in der Politik kaum noch Fürsprecher.

Ein strahlendes Comeback erlebt dagegen die Moral – wenn auch nur in Form von Appellen und Schuldzuweisungen: Der Klassiker ist die Behauptung

»Moralische Appelle und Schuldzuweisungen erschweren die Verständigung auf bessere Regeln, weil Menschen sich als Opfer eines um sich greifenden Werteverfalls wännen, aber nicht als (Mit-)Gestalter der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung.«

tung, es seien Gier, Skrupellosigkeit, Egoismus, also das moralische Versagen einzelner oder bestimmter Gruppen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft bedrohten und zu moralisch fragwürdigen Ergebnissen führten. Es gehört zum guten Ton, in diesem Zusammenhang mehr Verantwortungsbewusstsein, mehr Solidarität, mehr Gemeinwohlorientierung zu fordern. Dass es dabei meist bleibt, offenbart die Hilflosigkeit und Selbstentmündigung einer Gesellschaft, die zunehmend unfähig scheint, sich auf notwendige Veränderungen in der politischen Rahmenordnung zu verständigen.

Das beherzte Schwingen der Moralkeule ersetzt als eingespieltes Ritual des öffentlichen Diskurses leider auch zunehmend sachliche Begründungen. »Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis«, hieß es einmal. Wer heute nicht mehr weiter weiß, rüstet moralisch auf. Seit Globalisierung, demographischer Wandel und eine bedrohlich wuchernde Staatsverschuldung den politischen Handlungsspielraum deutlich eingeschränkt haben, darf die Bezugnahme auf moralische Prinzipien weder im Zusammenhang mit Arbeitsplatzabbau und Aktienkursen von Unternehmen noch im Kontext von Kinderarmut und Klimawandel fehlen. Moralische Selbstbeweihräucherung und die moralische Diffamierung des Gegners sind gefragter als sachliche Informationen, obwohl

in der Demokratie doch das bessere Argument und nicht das edlere Motiv den Ausschlag geben sollte. Jede gewerkschaftliche Aktivität und Verbandsinitiative läuft unter moralischer Flagge, obwohl es um nichts anderes geht als um die Interessen bestimmter Gruppen – was absolut legitim ist und eigentlich nicht durch Vortäuschen von Gemeinwohlorientierung verschleiert werden muss. Einzelschicksale werden gegen Strukturreformen in Stellung gebracht. Der Dachdecker zum Beispiel durfte in keiner Diskussion über die »Rente mit 67« unerwähnt bleiben, als ließen sich damit mathematische Zusammenhänge und demographische Fakten außer Kraft setzen.

Die inflationäre Zunahme moralischer (Schein-)Gefechte aber schadet der politischen Kultur. Öffentliche Debatten, von denen eine Demokratie lebt, beschränken sich auf den Austausch moralischer Schlagworte. Für Information, Argumente und differenzierte Begründungen bleibt kein Raum mehr. Zustimmung befriedigt, was die öffentliche Empörung befriedigt. Die Folge ist, dass bessere Regeln häufig als »politisch nicht vermittelbar« gelten, weil eine öffentliche Diskussion unter informierten Bürgern darüber faktisch nicht möglich ist. Wie aber wollen wir den sozialen Frieden erhalten, wenn es uns nicht gelingt, uns über wichtige Fragen im Hinblick auf die Zukunft unserer Gesellschaft diskursiv zu verständigen?

Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Verständigung auf bessere Regeln

Dass gesellschaftliche Verständigungsprozesse immer häufiger moralisch blockiert sind, hat vor allem mit Entwicklungen und Machtverschiebungen im Zuge der Globalisierung zu tun, die tief verwurzelte Gewissheiten und Überzeugungen und damit unsere Kultur und unser gesellschaftliches Selbstverständnis grundlegend in Frage stellen. »Die unangenehme Wahrheit ist, dass den meisten von uns zwei Herzen in der Brust wohnen«, schreibt der amerikanische Ökonom ROBERT REICH in seinem Buch »Der Superkapitalismus« mit dem bezeichnenden Untertitel »Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt«. Die Folge der beiden Herzen in unserer Brust ist eine Art gesellschaftliche Schizophrenie. »Als Verbraucher und Anleger sind wir beständig auf der Suche nach den besten Schnäppchen. Und als Bürger missfallen uns die gesellschaftlichen Folgen dieser Schnäppchenjagd.« Der Kapitalismus sorgt weltweit für Wohlstand, Innovationen und günstige Produkte von hoher Qualität, und doch herrscht ein tiefes Unbehagen angesichts der Auswirkungen insbesondere auf soziale Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dieses Unbehagen führt zu einer besorgniserregenden Entfremdung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft und zum Vertrauensverlust von Marktwirt-

»Kaum eine Denkschablone hält sich in der kollektiven Wahrnehmung so hartnäckig wie der vermeintliche Gegensatz zwischen Moral und Profit.«

schaft und Demokratie. Denn innerhalb unserer vertrauten Wahrnehmungskategorien ließe sich der vermeintliche Widerspruch zwischen Markt und Moral nur durch Außerkraftsetzung des Wettbewerbs auflösen: Gesellschaftliche Verantwortung statt Eigeninteresse! Doch diese Wahl haben wir nicht. Verantwortung zu übernehmen ist nur möglich, wo der einzelne das Ergebnis durch sein Handeln beeinflussen kann. Politische Ziele wie »Klimaschutz« oder »soziale Gerechtigkeit« fallen nicht in diese Kategorie. Verhindert es die Erderwärmung, wenn Lieschen Müller das Auto stehen lässt? Nützt es dem Klima, wenn BMW für höhere Umweltstandards Wettbewerbsnachteile in Kauf nimmt und damit letztlich Daimler stärkt?

Offenbar versagt die Moral sowohl als Maßstab als auch als Korrektiv für Fehlentwicklungen. Sie versagt als Maßstab, denn unsere eingespielten und mit Vehemenz verteidigten moralischen Wahrnehmungsmuster und Begriffe, die im zwischenmenschlichen Bereich zuverlässig Orientierung geben, sind nicht zugeschnitten auf die Erfordernisse einer globalisierten Welt. Von einer »Diskrepanz zwischen Sozialstruktur und Semantik« sprechen Philosophen in so einem Fall. Man kann es auch schlichter fassen: Der Verantwortungsbegriff führt uns – wie zahlreiche andere moralische Begriffe – im gesellschaftlichen Kontext in die Irre. Er erzeugt Wahr-

nehmungsmuster, die an den faktischen Handlungsbedingungen vorbei gehen. Er nährt die Illusion, mehr individuelles Verantwortungsbewusstsein sei die Antwort auf moralische Defizite, mit denen wir uns jeden Tag konfrontiert sehen. Er überfordert den einzelnen und treibt ihn in die moralische Resignation oder in eine Blockadehaltung unter Verweis auf ökonomische Sachzwänge.

Aus moralischer Motivation heraus persönliche Opfer zu bringen, hat keine Auswirkungen, solange nicht Gesetze dieses Verhalten zur allgemeinen Regel machen. Selbst JÜRGEN HABERMAS, der seine Diskursethik explizit in der Tradition der rigiden Kantischen Pflichtethik verortet hat, hält im Zusammenhang mit dem moralischen Handeln des Einzelnen eine »Zumutbarkeitsbedingung« für notwendig: *»Autonomie ist nur zumutbar in gesellschaftlichen Kontexten, die selber schon vernünftig sind in dem Sinne, dass sie dafür sorgen, dass eine Motivation durch gute Gründe nicht von vornherein in Gegensatz zu eigenen Interessen geraten muss. Die Gültigkeit moralischer Gebote ist an die Bedingung geknüpft, dass diese als Grundlage einer allgemeinen Praxis generell befolgt werden.«* Moral versagt deshalb nicht nur als Maßstab, sondern auch als Korrektiv für Fehlentwicklungen, denn unerwünschte Ergebnisse lassen nicht durch mehr Moral, sondern nur über eine Veränderung der Regeln, die für alle gelten, korrigieren.

Gesellschaftlichen Problemen mit moralischen Appellen beikommen zu wollen, heißt also, an der falschen Front zu kämpfen. Eine Prinzipienmoral, die wie eine *dea ex machina* Fehlentwicklungen verhindern soll, ist in der globalisierten Welt ein stumpfes Schwert. Das mag man bedauern, lässt sich aber im Rahmen einer freiheitlichen Ordnung nicht ändern. Viel schwerer jedoch wiegt, dass moralische Appelle und Schuldzuweisungen die Verständigung auf bessere Regeln erschweren, weil Menschen sich als Opfer eines um sich greifenden Werteverfalls wännen, aber nicht als (Mit-)Gestalter der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

In diesem Sinne kann man – aus moralischen Gründen! – vor der Moral nur warnen: Die Prinzipienmoral treibt als Hemmnis öffentlicher Lern- und Verständigungsprozesse Keile in die Gesellschaft, deren Zusammenhalt sichern zu wollen ihre Vertreter vorgeben. Das Argument, etwas Grundsätzliches stehe auf dem Spiel – soziale Gerechtigkeit, das christliche Menschenbild, die abendländische Kultur – erstickt den gesellschaftlichen Diskurs jedes Mal an der Stelle, wo es interessant und relevant wird. Mit dieser Kultur der moralischen Einzäunung bringen wir uns um die Möglichkeit, uns ernsthaft mit den Bedingungen und Möglichkeiten der Durchsetzbarkeit dessen, was wir politisch, gesellschaftlich und moralisch wollen, auseinander zu setzen. Moral ist wünschenswert und

»Marktwirtschaft und Demokratie können ihr Potential nicht entfalten, solange man einer Diktatur der Prinzipienmoral huldigt statt das Wagnis der Freiheit anzunehmen und sich bei Bedarf auf bessere Regeln zu verständigen.«

im zwischenmenschlichen Bereich unverzichtbar. Dem Ziel, den Zusammenhalt der Gesellschaft sicher zu stellen, ist aber mehr damit gedient, wenn die gesellschaftliche Verständigung besser funktioniert.

»Weniger Moral wagen«, kann die Schlussfolgerung für den demokratischen Diskurs deshalb nur lauten. Weniger Moral im Sinne, dass Moralprinzipien und weltanschaulich begründete Wahrheiten nicht als übergeordnete, unserer geistigen Verfügungsgewalt entzogene Autorität in Anspruch genommen werden, sondern selbst Gegenstand gesellschaftlicher Verständigung und damit demokratischer Willensbildung werden. Weniger Moral im Sinne einer politischen Kultur, die – statt gemeinsame Werte zu postulieren – nach Möglichkeiten der Verbesserung unserer Regeln und unserer demokratischen Entscheidungsverfahren sucht. Wenn es gelingt, den vormodernen Glauben an die integrative Kraft gemeinsamer Werte abzustreifen, dann könnte der demokratische Diskurs zu einer Klammer werden, die unsere Gesellschaft zusammen hält.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet also: Wie lösen wir moralische Blockaden, die auf überholten Wahrnehmungskategorien und Argumentationsmustern beruhen? Wie finden wir aus alten moralischen Reflexen heraus

zu einer Verständigung über notwendige Veränderungen auf institutioneller Ebene, ohne die sich keine soziale Frage der nächsten Gesellschaft wird lösen lassen? Investieren in eine Kultur der Verständigung – Für eine neue Rolle von Unternehmen

Im Hinblick auf moralische Abrüstung sollten wir uns von der Politik nicht zu viel versprechen. Politiker unterliegen – bezogen auf Wählerstimmen – derselben Wettbewerbslogik wie ein Unternehmen, das seine Produkte an den Kunden bringen und dazu kostengünstig produzieren muss. Kostengünstig und kundenorientiert Politik zu machen heißt unter anderem, argumentativ den Erwartungen potentieller Wähler zu entsprechen. Die logische Konsequenz ist, dass sich durch das Bedienen moralischer Klischees im Zweifel mehr und schneller Wählerstimmen mobilisieren und gewinnen lassen als durch differenzierte Argumentation. Ein Politiker, der die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus seinem Wahlkreis nach Osteuropa nicht anprangert, sondern um Verständnis für die Gründe des Unternehmens wirbt, findet sich selbst am Pranger wieder – dafür sorgt schon der politische Gegner. Dadurch führt der politische Wettbewerb häufig zu einem Überbietungswettbewerb in Sachen Moralismus, aber nicht zu einem Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte – jedenfalls so

lange mangelnde politische und ökonomische Bildung Zweifel an der demokratischen Mündigkeit der Bürger aufkommen lassen. Mit unmündigen Bürgern lässt sich kein Staat machen. Urteilsfähigkeit über gesellschaftliche Probleme setzt heute mehr denn je ein Mindestmaß auch an ökonomischer Bildung und ein Grundverständnis für die Funktionsweise von Märkten voraus. Dafür kann man durch entsprechende Gestaltung der Lehrpläne und der Ausbildung von Lehrern sorgen. Zumindest das ist eine nahe liegende und realistische Forderung an die Politik.

Dass mit den Medien ausgerechnet diejenigen, die in modernen Demokratien augenscheinlich den größten Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung haben, häufig als Hauptakteure in einem System der Desinformation und Klischeepflege in Erscheinung treten, macht Aufklärung – die Voraussetzung gesellschaftlicher Verständigung – zur Sisyphosarbeit. Der Soziologe PIERRE BOURDIEU spricht in seinen Vorlesungen »Über das Fernsehen« von »Zensurmechanismen« im demokratischen Diskurs, und seine Argumentation lässt sich durchaus auf die Medien insgesamt verallgemeinern: Sie bestimmen heute nicht nur den Charakter gesellschaftlicher Diskurse, sondern auch, welche Diskurse überhaupt stattfinden und welche Informationen ihren Weg in die Öffentlichkeit

finden. Der Kampf um Einschaltquoten und Auflagen diktiert die Bedingungen, unter denen etwas mitgeteilt werden kann. Dass freie Medien nicht zum verlängerten Arm einer Volkspädagogik mit politischem Bildungsauftrag umfunktionierte werden können, versteht sich von selbst. Für die Forderung nach einer neuen politischen Kultur der Verständigung sind deshalb auch die Medien der falsche Adressat.

Bleiben als Akteure mit gesamtgesellschaftlicher Gestaltungskraft ausgerechnet diejenigen, die ihre Glaubwürdigkeit in den Augen der Öffentlichkeit schon lange verspielt haben: die Unternehmen. Von ihnen zumindest darf man im Rahmen ihres Eigeninteresses eine Investition in die Diskursfähigkeit und damit in die Weiterentwicklung unserer demokratischen Kultur erwarten. Denn Unternehmen tragen einerseits in Form von Imageschäden die Kosten überzogener moralische Ansprüche und müssen sich andererseits in einem gesellschaftlichen Umfeld behaupten, das von Misstrauen gegenüber Markt und Wettbewerb geprägt ist – auf Dauer sicherlich kein Wettbewerbsvorteil. Mit kulturellem und sozialem Engagement jenseits des Kerngeschäfts, neudeutsch als »Corporate Social Responsibility« bezeichnet, können Unternehmen den ethischen Ansprüchen der Öffentlichkeit längst nicht mehr genügen, im Gegenteil. Paradoxe Weise bestätigt diese Art der Schaufenstermoral noch den Eindruck, Unternehmen hätten in moralischer Hinsicht etwas zu kompensieren, nämlich die Tatsache, dass sie Gewinne machen. Kaum eine Denkschablone hält sich in der kollektiven Wahrnehmung so hartnäckig wie der vermeintliche Gegensatz zwischen Moral und Profit.


Zum Umdenken ist es aber noch nicht zu spät, und die aktuelle Krise könnte der Motor sein. Müssten Unternehmen nicht gerade angesichts ihrer Glaubwürdigkeitsprobleme ein Interesse daran haben, in das Ansehen der sozialen

Marktwirtschaft – und damit in die gesellschaftliche Akzeptanz unternehmerischer Entscheidungen – zu investieren und ihre Entscheidungen einer informierten und aufgeklärten Gesellschaft zu vermitteln? Wäre es nicht klug, Kritikern öffentlich mit wirtschaftsethischen Sachargumenten entgegen zu treten statt sich aus dem öffentlichen Diskurs vornehm heraus zu halten oder sich auf den Vortrag der betriebswirtschaftlichen Fakten zu beschränken? Sind Unternehmen noch auf der Höhe der Zeit, die einerseits Millionenbudgets für Werbung und Marketing zur Verfügung stellen, andererseits aber nicht in der Lage sind, den offensichtlich überzogenen, gesellschaftlichen Erwartungen, die sich infolge überholter moralischer Wahrnehmungsmuster hartnäckig halten, durch Information und Aufklärung zu begegnen?

In die Mündigkeit der Bürger und die Diskursfähigkeit der Gesellschaft zu investieren, geht weit über das bisherige Selbstverständnis von Unternehmen hinaus. Die Alternative ist, den Großinquisitoren des 21. Jahrhunderts die Bühne zu überlassen. Das sind diejenigen, die in unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung nur die Freiheit der Starken erkennen können, die Schwachen systematisch benachteiligt sehen und mit wirtschafts- und unternehmensfeindlichen Argumentationsmustern die moralische Qualität unserer freiheitlichen Ordnung grundsätzlich in Frage stellen. Marktwirtschaft und Demokratie droht dann dasselbe Schicksal wie der christlichen Lehre in der Legende des Großinquisitors: Sie haben auf Dauer keinen Bestand, wenn Freiheit und Eigenverantwortung auf Ablehnung stoßen. Sie können ihr Potential nicht entfalten, solange man einer Diktatur der Prinzipienmoral huldigt statt das Wagnis der Freiheit anzunehmen und sich bei Bedarf auf bessere Regeln zu verständigen. Für den Umgang mit den neuen sozialen Fragen in unserer Gesellschaft jedenfalls

sollten wir nicht auf Moral, sondern auf Verständigung setzen – ganz im Sinne des pragmatischen Credos Richard Rortys: »Sofern es nur gelingt, Demokratie und gegenseitige Toleranz am Leben zu erhalten, lässt sich alles übrige dadurch erledigen, dass man sich zu einem vernünftigen Kompromiss durchwurstelt«.

.....
 CAROLINE WALDECK, geboren 1977, ist Redenschreiberin in der Abteilung Presse und Kommunikation des Deutschen Bundestages und freiberufliche Redenschreiberin (www.worte-entscheiden.de).

.....
 *Uns interessiert Ihre Meinung!*
 Diskutieren und kommentieren Sie diesen Artikel auf: www.berlinpolis.de